

hören, aber auch die USA, die WHO oder die IAEA hätten Informationen beigetragen. Die Aussagen des UN-Berichts basierten hauptsächlich auf Rechenmodellen, Messungen in der Umwelt und teilweise Untersuchungen der Menschen. „Das heißt nicht, daß wir alles haben was wir gerne hätten“, so Weiss. In Tschernobyl hätten sich manche Auswirkungen erst fünf Jahre nach dem Unfall gezeigt. Strahlentelex hatte bereits über die falschen Strahlenmessungen im japanischen behördlichen Umweltmonitoring und Manipulationen bei den Dosismessungen der Katastrophenhelfer berichtet.⁹

Zur generellen Aussagekraft von Untersuchungen zur Auswirkung von Radioaktivität auf den Menschen sagte Weiss: „Wir haben uns 50 Jahre damit befaßt, aber das heißt nicht, daß wir alles wissen. Das gilt sowohl für ganz hohe Strahlenexpositionen wie auch den niedrigen Dosisbereich.“ Umstritten sei etwa, ob man bei niedrigen Dosen überhaupt von einem Effekt auf das Krebsrisiko sprechen könne: „Da ist die Position der UNSCEAR ganz klar – daß das eben nicht geht.“ Es sei wissenschaftlich nicht haltbar, einen Krebs, der 30 oder 40 Jahre später auf trete, mit einer lange zurückliegenden niedrigen Strahlenbelastung begründen zu wollen.

Kommentar: Nachdem der deutsche Beamte Dr. Wolfgang Weiss Vorsitzender des UNSCEAR geworden ist, fällt er nun durch törichte Verlautbarungen und falsche Sachaussagen auf. Zuvor hatte er sich als Leiter des Fachbereichs Strahlenschutz und Gesundheit beim deutschen Bundesamt für Strahlenschutz nicht unbedeutende Verdienste um die Durchführung der

2007 veröffentlichten epidemiologischen Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken (KiKK-Studie) erworben. Man muß deshalb davon ausgehen, daß er die wirklichen Zusammenhänge und die Wahrheit kennt. Weiss rechtfertigt jetzt mit seinen Einlassungen Forderungen nach einer Abschaffung des UNSCEAR. Th.D.

www.3sat.de/page/?source=/nano/umwelt/172409/index.html

Der vollständige englischsprachige IPPNW-Kommentar zum UNSCEAR-Bericht kann heruntergeladen werden von:

http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Ausfuhrlicher_Kommentar_zum_UNSCEAR_Fukushima_Bericht_2013_Englisch.pdf

Der UNSCEAR-Bericht ist zu finden unter <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/V13/857/27/PDF/V1385727.pdf?OpenElement>

Vergl. auch: Annette Hack: Menschenrechte vor ALARA: Der Bericht von Anand Grover für den Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen, Strahlentelex 636-637 v. 4.7.2013, www.strahlentelex.de/Stx_13_636-637_S01-05.pdf. ●

Tschernobyl-Folgen

Virtuelle Schweinejagd

Computersimulation statt Messungen: Neues Programm zur Abschätzung des Radiocäsiumgehalts von Wildschweinen

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) schläft nicht. Im Vorhaben „Bundesweiter Überblick über die Radiocäsiumkontamination von Wildschweinen“ des BfS wurden von U. Fielitz und K. Richter die bundesdeutschen Messungen zur Radiocäsiumkontamination von Wildschweinen sowie die kontaminationsbestimmenden Einflußfaktoren recherchiert und in ein Geographisches Informationssystem (GIS) zur ortsbezogenen Weiterverarbeitung überführt. Das wird in einem am 24. Oktober 2013 veröffentlichten Ressortforschungsbericht des BfS erklärt. Es wurde ein radioökologisches Modell (Eco Wild) entwickelt, mit dem die zu erwartende Radiocäsiumkontamination von Wildschweinen für beliebige Orte und Zeitpunkte berechnet und grafisch dargestellt werden kann. Das Rechenmodell berücksichtigt die räumlich variierende Cs-137-Kontamination der Nahrung von Wildschweinen in Abhängigkeit vom betrachteten Ort und den lokalen Ökosystemen (Wald,

Ackerfläche, Grünland), wird berichtet. Von den sieben verwendeten Nahrungskategorien komme den Hirschtrüfeln eine besondere Bedeutung zu, heißt es. Sie seien zwar für den menschlichen Verzehr nicht geeignet, könnten jedoch zu mehr als drei Viertel zur Radiocäsiumaufnahme von Wildschweinen beitragen. Die Validierung der Modellprognosen mit realen Meßwerten aus fünf Untersuchungsgebieten zeige eine gute Übereinstimmung der Daten, „wenn die Erlegungsorte der Wildschweine für das jeweilige Gebiet repräsentativ waren“. Die Ergebnisse des Vorhabens würden einen bundesweiten Überblick über die Radiocäsiumkontamination von Wildschweinen schaffen und es ermöglichen, die potentielle Strahlenexposition der Bevölkerung durch den Verzehr kontaminierter Wildbrets abzuschätzen. Damit werde die Voraussetzung geschaffen, die Empfehlungen der EU-Kommission (2003/274/EC) zum Schutz und zur Information der Bevölkerung

bei kontaminierten Waldprodukten umzusetzen, heißt es. Die recherchierten Daten würden es auch ermöglichen, gemäß den Anforderungen des Umweltinformationsgesetzes (UIG) die Öffentlichkeit in angemessenem Umfang aktiv und systematisch über die Umwelt zu unterrichten (§ 10 UIG).

U. Fielitz, K. Richter: Bundesweiter Überblick über die Radiocäsiumkontamination von Wildschweinen - Vorhaben 3607S045 61, BfS-RESFOR-86/13, 24.10.2013, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0221-2013102411098> ●

Atom-Transporte

Schiffsunfall mit Atom-Transporter vor Rügen

Ein russischer Frachter, der vor der Küste Rügens in der Nacht zum 18. Oktober 2013 mit einer Segelyacht kollidiert war, hatte radioaktives Material geladen. Nach Recherchen des NDR Politikmagazins „Panorama 3“ (Sendung Dienstag, 22. Oktober, 21.15 Uhr, NDR Fernsehen) handelte es sich dabei um radioaktives Gefahrgut der Klasse 7. Dazu gehören unter anderem Uranhexafluorid und Urandioxid.

Das 100 Meter lange Frachtschiff „Mikhail Lomonosov“ aus St. Petersburg hatte die 15 Meter lange Segelyacht eines britischen Skippers gerammt. Die Yacht wurde schwer beschädigt und mußte mit Hilfe eines Seenotrettungskreuzers der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in den Hafen von Glowe auf Rügen geschleppt werden. Die Kollision hatte bei der Yacht einen Mastbruch und einen Motorschaden verursacht.

Im Gespräch mit „Panorama 3“ berichtete der Kapitän der Segelyacht, daß der russische

⁹www.strahlentelex.de/Stx_13_624-625_S01-03.pdf
www.strahlentelex.de/Stx_12_614_S01-02.pdf

Gefahrguttransporter sich nicht an die Seeverkehrsregeln gehalten und die Vorfahrt des kleineren Segelboots mißachtet habe. Das Bundesamt für Schifffahrt und Hydrographie hat mittlerweile Vorermittlungen aufgenommen.

Nach dem Unfall hatte die „Mikhail Lomonosov“ die Fahrt fortgesetzt. Durch den Nord-Ostsee-Kanal erreichte sie am Montagmorgen, 21. Oktober, den Burchardkai im Hamburger Hafen und ließ dort die radioaktive Fracht löschen. Das bestätigte die Wasserschutzpolizei in Hamburg auf Nachfrage von „Panorama 3“. Derartige Güter werden von Hamburg aus zur Brennelementefabrik in Lingen bzw. zur Urananreicherungsanlage in Gronau gebracht. Mittlerweile ist das Schiff der russischen Reederei Northern Shipping Company in Richtung Antwerpen unterwegs.

Die Hamburger Umweltschutzgruppe „SAND“ fordert den sofortigen Stop von atomaren Transporten auf dem Wasserweg. Erst im Mai dieses Jahres war es im Hamburger Hafen zu einem Unfall mit Uranhexafluorid gekommen, als der Spezialfrachter „Atlantic Cartier“ in Brand geraten war.

Strahlentelex hatte berichtet (www.strahlentelex.de/Stx_13_636-637_S10-12.pdf). ●

Atomwirtschaft

Frankreich will die Betriebsdauer seiner AKW auf 50 Jahre verlängern

Die Regierung in Paris will die Betriebsdauer der französischen Atomkraftwerke von bisher 40 auf 50 Jahre verlängern. Das soll einem Bericht der Zeitschrift Le Journal du

Dimanche zufolge Mitte dieses Monats öffentlich verkündet werden. Die Mehrzahl der 58 Atomreaktoren in Frankreich ist in den Jahren von 1978 bis 1989 in Betrieb genommen worden. Frankreich ist mit seinen 58 Reaktoren an 19 Standorten nach den USA der zweitgrößte Atomstromproduzent der Welt. 80 Prozent des französischen Stroms wird in Atomkraftwerken erzeugt. Präsident Francois Hollande hatte dagegen erst kürzlich noch sein Wahlversprechen bekräftigt, bis zum Jahr 2025 den Anteil auf 50 Prozent verringern zu wollen. ●

Atomwirtschaft

Die Urananreicherungsfirma URENCO in Gronau soll verkauft werden

Alle Anteilseigner der Urananreicherungsfirma URENCO in Gronau (Kreis Borken in Nordrhein-Westfalen (NRW)) wollen sich von ihren Anteilen trennen. Nach Angaben der Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke sind sowohl die Regierungen von Großbritannien und den Niederlanden als auch die deutschen Energiekonzerne RWE und E.ON daran interessiert, ihre Anteile an der Urananreicherungsfirma zu verkaufen (Bundestagsdrucksache 17/14668 vom 2.9.2013). Die URENCO befindet sich derzeit zu jeweils einem Drittel im Besitz des britischen und niederländischen Staates sowie von RWE und E.ON. Die Bundesregierung besitzt durch die Staatsverträge von Almelo, Washington und Cardiff weitreichende Mitwirkungs- und Vetorechte bei URENCO, weil die Urananreicherung gerade unter militärischen Gesichtspunkten zu den politisch

heikelsten Wirtschaftsaktivitäten auf deutschem Boden zählen. Im Mai 2013 hatte E.ON-Chef Johannes Teyssen ein „offenes Bieterverfahren“ angekündigt und der niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem neben einem Direktverkauf auch von der Vorbereitung eines Börsengangs zur Veräußerung der URENCO-Anteile gesprochen. Aus dem NRW-Wirtschaftsministerium verlautete zudem, daß auch Hedgefonds und Pensionsfonds URENCO-Anteile erwerben könnten. Zur Kontrolle des Unternehmens erklärte nun die Bundesregierung, sie werde „deshalb möglichen Änderungen an der Anteilsstruktur von URENCO nur dann zustimmen, wenn vorher durch einen entsprechenden Rechtsrahmen für die künftige Struktur von URENCO klargestellt ist, dass auch weiterhin nukleare Nichtverbreitung, Sicherung der Technologie und wirtschaftliche Solidität bei URENCO sichergestellt sind.“ ●

Atom Müll

Sorgenbericht

Zu Beginn der Reaktorkatastrophe von Fukushima rief die Bundesregierung zwar den Atomausstieg aus, doch verändert hat das nichts. Der Atom Müll strahlt weiter. Das macht der aktuelle Sorgenbericht der Atom Müllkonferenz 2013 deutlich. Daten zu mehr als 90 Atom Müllstandorten in Deutschland hat die Politologin Ursula Schönberger für diese Bestandsaufnahme zusammengetragen. Dabei sind „Spezialitäten“ wie 1.900 Altlastanlagen der früheren Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut in Sachsen und Thüringen, für die keine Sanierungspflicht besteht, nicht einmal mitgerechnet. Entstanden ist ein 272 Seiten starkes Buch, das die Atom Müllmisere der Bundesrepublik Deutschland

abbildet.

Zu lesen sind diese Datenblätter der gesamtdeutschen Atom Müllära wie Szenen aus einem Kriminalroman. In kurzen Essays wird auch auf standortübergreifende Probleme eingegangen, wie das „Freimessen“ von Atom Müll, Transparenz oder der ungelösten Frage nach dem Lagerkonzept für das gesamte Atom Müllaufkommen. Diese Bestandsaufnahme zeichnet nicht nur die circa 5 Prozent hochradioaktiver Abfälle auf, für die ein Endlager gesucht wird, sondern auch die restlichen 95 Prozent, den die Politik gerne verschweigt.

Dem Sorgenbericht ist eine gefaltete, DIN A1 große Karte beigelegt, die alle Atom Müllstandorte noch einmal sichtbar macht. Von einer weißen Landkarte kann heute niemand mehr sprechen.

Zu beziehen ist der Sorgenbericht für 15 Euro bei der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., Bleckenstedter Str. 14a, 38239 Salzgitter, eMail: bestandsaufnahme@atommuellkonferenz.de, Tel. 05341-90019-4, Fax -5, oder im Buchhandel, ISBN 978-3-00-043228-6. ●

Energiewirtschaft

Höchste Subventionen für Atomstrom

Großbritannien schloß Atombündnis mit China

2023, ein Jahr nachdem das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet worden ist, soll nach dem Willen der konservativen britischen Regierung unter Premierminister David Cameron auf dem Gelände des bestehenden Kraftwerks Hinkley Point in der Grafschaft Somerset, rund 200 Kilometer westlich von London, der erste von zwei neuen Reaktorblöcken in Betrieb gehen. Gebaut werden soll unter Füh-